

# BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 28. Januar 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



Deutschland kommt bisher besser als erwartet durch die Omikron-Welle. Die Lage in den Krankenhäusern ist derzeit unter Kontrolle. Das zeigt, dass die weitreichenden Maßnahmen, die wir noch vor Weihnachten beschlossen haben, wirken. Deshalb halten wir an diesen Vereinbarungen fest, so wie es auch der Expertenrat empfiehlt.

Auf die veränderten Bedingungen der Omikron-Welle reagieren wir mit angepassten Quarantäne- und Isolationsregeln. Die nur begrenzt verfügbaren PCR-Tests konzentrieren wir auf vulnerable Gruppen und Beschäftigte, die diese betreuen und behandeln.

Ein schnelles Ende der Pandemie ist aber leider nicht in Sicht – denn es haben sich zu viele noch nicht impfen lassen. Vor allem Die Impflücke ist leider zu groß, unter anderem haben wir noch immer drei Millionen Ungeimpfte über 60. Wollen wir den Zyklus aus Virusvarianten, Infektionswellen und Kontaktbeschränkungen durchbrechen, müssen wir die Impflücke schließen.

Deshalb war es richtig, dass wir diese Woche im Rahmen einer Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag über die Impfpflicht diskutiert haben. Noch im März wird jede und jeder Abgeordnete dann nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen können. Die Entscheidung über die Impfpflicht treffen wir perspektivisch, mit Blick auf den Herbst und nächsten Winter.

Wir wollen aber auch weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern Impfungen niedrigschwellig anbieten und sie vom Nutzen einer Impfung überzeugen. Die Erfolge bei den Booster-Impfungen haben gezeigt, was in einem gemeinsamen Kraftakt möglich ist.

Bleiben Sie gesund!

Ihre

## **In dieser Ausgabe:**

Bilder der Woche.....2

Zitat der Woche.....2

Termine der nächsten Wochen...2

Gedenken .....3

Impfpflicht-Debatte .....4

Aktionsplan g. Rechts.....5

Nachtragshaushalt.....6

# BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Für den Pflegekongress 2022, der digital stattfand, durfte ich als parlamentarische Staatssekretärin zur Eröffnung ein Grußwort an die Online-Teilnehmer:innen richten und unsere geplanten Vorhaben im Bereich Pflege erörtern.

## Bilder der Woche

2

Am 27. Januar vor 76 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Über eine Millionen Menschen sind dort von den Nationalsozialisten systematisch ermordet worden. Es ist unsere Verantwortung, ihr Andenken zu bewahren und die Erinnerung an dieses Unrecht wach zu halten. Der weltweite Holocaust-Gedenktag mahnt uns: Wir dürfen niemals vergessen! Nie wieder darf passieren, was mitten unter uns passierte. Wir alle sind gefordert, entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus vorzugehen!



## Zitat der Woche

„Ich wohne seit 75 Jahren in New York. Aber ich habe noch die grauenhafte Zeit des Schreckens und Menschenhasses gut im Gedächtnis. Leider ist dieser Krebs wieder erwacht und Judenhass ist in vielen Ländern der Welt – auch in Deutschland – wieder alltäglich. Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden!“

Inge Auerbach am 27. Januar in ihrer Rede zum Holocaust-Gedenktag im Deutschen Bundestag. Inge Auerbach, 1934 im südbadischen Kippenheim geboren, hat das KZ Theresienstadt überlebt und emigrierte mit ihren Eltern 1946 in die USA.



## Termine der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was
29. Januar 16:45 Uhr- 18:00 Uhr	Online	Digitaler Neujahrsempfang der SPD Würzburg Stadt und Land
30. Januar 16:00 Uhr- 17:00 Uhr	Haßfurt Marktplatz	Menschenkette „ROTE KARTE für Hass, Hetze und Faschismus“
8. Februar 14:00 Uhr- 16:00 Uhr	Ebern Frauen- grundhalle	Runder Tisch zur Zukunft von „Valeo“
13. Februar	Berlin	Bundesversammlung – Wahl des Bundespräsidenten



## Holocaust-Gedenktag

### „Wir brauchen mehr Mut zur Intoleranz“

**Zum Gedenktag an den Holocaust warnte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD): Der Antisemitismus sei mitten unter uns. Sie forderte die Bürger:innen dazu auf, die Demokratie entschlossen zu verteidigen.**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hat beim Holocaust-Gedenken des Bundestags vor dem Erstarken des Antisemitismus in Deutschland gewarnt und zu mehr Mut im Umgang mit ihm aufgerufen. „Wenn Rechts-extremisten und Geschichtsrevisionisten Wahlerfolge feiern, dann ist das kein Alarmzeichen, sondern allerhöchste Zeit zu handeln,“ sagte Bas, und forderte den entschlossenen Einsatz aller Mittel, die die wehrhafte Demokratie kennt, um eben diese zu verteidigen. Dann sei es höchste Zeit zusammenzustehen, um die Werte und Institutionen unserer freien, demokratischen Gesellschaft zu beschützen. „Der Antisemitismus ist mitten unter uns“, sagte Bas.

Die Demokratie trage „kein Ewigkeitssiegel“. Sie sei angewiesen auf Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzen und mit Leben erfüllten. Auch daran erinnere der Gedenktag und die deutsche Geschichte: „Von uns allen hängt es ab.“ Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Rassismus hätten in unserer Gesellschaft keinen Platz, so Bas. „Weder in der Gegenwart, noch in der Zukunft.“

Der Antisemitismus finde sich nicht nur am äußersten Rand, nicht nur bei den ewig Unbelehrbaren und ein paar antisemitischen Trollen im Netz. Das Wissen um die Ge-

schichte habe nicht verhindert, dass ein Drittel der deutschen Bevölkerung meine, die Juden hätten vielleicht doch zu großen Einfluss. Dieses Wissen habe auch nicht verhindert, dass die Corona-Pandemie „auf ohnehin grassierenden Juden Hass wie Brandbeschleuniger wirkt.“

Bas mahnte: „Unsere freiheitliche Demokratie muss sich wappnen gegenüber jenen, die die Demokratie beschwören, aber nur ihre eigene Freiheit meinen. Die Toleranz für sich einfordern, aber für den Pluralismus nur Verachtung übrig haben. Die Lügen verbreiten, um zu verunsichern. Die zu Hass und Gewalt aufstacheln - und sich im Nachhinein mit empörter Geste distanzieren.“ Die Mehrheit in diesem Land habe dafür nichts übrig.

Die Mehrheit lasse sich nicht zum Hass verführen. „Sie wählt und streitet demokratisch.“ Gegenüber den anderen „brauchen wir mehr Mut zur Intoleranz“, so Bas weiter. „Den entschlossenen Einsatz aller Mittel, die die wehrhafte Demokratie kennt.“

Der 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführte Holocaust-Gedenktag erinnert an die Befreiung von Auschwitz. Vor 77 Jahren war das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Truppen befreit worden. Bei der Gedenkstunde war auch die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher zu Gast. Sie schilderte das Grauen ihrer Verfolgung als Kind und wie sie das Konzentrationslager Theresienstadt überlebte und rief dazu auf, dem auch in Deutschland wiedererwachten Juden Hass zu begegnen. Sie mahnte: „Juden Hass ist in vielen Ländern, auch in Deutschland, wieder alltäglich. Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden.“ Ihr eigener, innigster Wunsch sei die Versöhnung aller Menschen.



## Orientierungsdebatte zur Impfpflicht

### „Ein kleiner Pieks mit großer Wirkung“

**Am Mittwoch sprachen sich zahlreiche SPD-Abgeordnete für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 aus. Viele begründeten ihre Haltung damit, dass es der einzige Weg aus der Pandemie zurück in die Freiheit sei.**

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Schmidt, hat am Mittwoch im Bundestag für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht geworben. „Wir haben einen Weg aus der Pandemie, und der heißt Impfen“, sagte Schmidt während der sogenannten „Orientierungsdebatte“ zu dem Thema im Bundestag. Mehr als 40 Abgeordnete äußerten sich dazu, was für und gegen die Einführung einer Impfpflicht spricht.

Für Beschäftigte in Einrichtungen im Gesundheitswesen und im Pflegebereich gilt eine Impfpflicht bereits ab Mitte März. Bundestagsabgeordnete haben bisher drei Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht angekündigt: Eine Impfpflicht für alle Erwachsenen ab 18 Jahren, eine Impfpflicht für Menschen ab 50 Jahren, verbunden mit einer Beratungspflicht für alle Ungeimpften, und die Ablehnung einer Impfpflicht.

Für die Debatte lagen noch keine konkreten Anträge vor. Diese sollen nun mit Hilfe des Bundesgesundheitsministeriums erarbeitet werden. Eine Entscheidung soll bis Ende März fallen.

Dagmar Schmidt plädiert für die Impfpflicht ab 18 Jahren. Es gebe Sorgen und Ängste in der Gesellschaft, die man ernst nehmen müsse, aber „es gibt auch Erwartungen an konse-

quentes Handeln“, sagte Schmidt. Die Impfpflicht sei für sie „kein leichter Schritt“, aber die Alternativen seien weitere „viele Tote, Kranke und Long-Covid-Patienten“ oder immer neue Kontakt- und Zugangsbeschränkungen. „Wir brauchen für den Weg aus der Pandemie eine sehr hohe Impfquote“, sagte Schmidt - und dafür sei die Impfpflicht der beste Weg.

Auch andere SPD-Abgeordnete sprachen sich während der Debatte für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren aus. Karl Lauterbach sprach nicht in seiner Rolle als Bundesgesundheitsminister, sondern als Abgeordneter. Wenn man die Impfpflicht jetzt umsetze, sei man im Herbst gerüstet, sagte der SPD-Politiker.

Er wandte sich dagegen, abzuwarten. Für die Umsetzung der Impfpflicht brauche man mindestens fünf bis sechs Monate. „Wenn wir das Problem vor uns wegschieben, dann wird das Problem in voller Stärke zurückkommen“, so Lauterbach. Das könne man Kindern, Pflegekräften, Ärzten und Menschen, die gefährdet seien, nicht weiter zumuten. „Wir müssen handeln.“

Die Freiheit gewinne man durch die Impfung zurück, fügte er hinzu. „Wir werden nicht zurückkommen zu dem Leben, was wir geliebt und geschätzt haben, ohne dass wir jetzt den Spaten drehen.“

Immer darauf zu setzen, dass die aktuelle Welle die letzte Welle sein wird, sei keine gute Option, sagte Heike Baehrens und forderte eine mutige Weichenstellung, um vor die nächste Welle zu kommen. Auch sie warb für die Impfpflicht ab 18. „Es darf keinen dritten Pandemie-Herbst geben!“, so Baehrens.

Nach den Worten von SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese soll eine mögliche Impfpflicht begrenzt gelten, bußgeldbewehrt sein, aber ohne



Zwangsmaßnahmen auskommen. Den Vorschlag, eine Impfpflicht erst ab 50 einzuführen, wies Wiese zurück. „Wir werden dadurch nicht ein so hohes Maß an Grundimmunisierung der Bevölkerung erreichen, dass uns das über den nächsten Herbst und Winter bringt.“

Ähnlich argumentierte die SPD-Abgeordnete Jessica Rosenthal. Die Grenze ab 50 sei für sie willkürlich, schwer begründbar und verfehle das Ziel einer Grundimmunisierung. Letzteres brauche es aber zum Schutz gegen Mutationen und der vulnerablen Gruppen, die es nicht nur bei den Über-50-jährigen gebe.

„Wir sind müde, wir alle wollen unser normales Leben zurück. Und das erreichen wir am ehesten durch einen kleinen Pieks mit sehr großer Wirkung“, sagte die SPD-Abgeordnete Rasha Nasr.

Geplant ist, dass der Bundestag ohne Fraktionszwang über eine mögliche Impfpflicht abstimmt.

## Aktionsplan gegen Rechts

### „Die kämpfen nicht gegen Corona, sondern gegen unsere Demokratie“

**Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will bis Ostern einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen. Sie werde alles dafür tun, um Menschen, die bedroht und angegriffen werden, besser zu schützen.**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will bis Ostern einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen. Dieser sei die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland, sagte die Ministerin im Bundestag. „Wir

werden alles daran setzen, Radikalisierung zu stoppen, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen und Extremisten konsequent die Waffen zu entziehen“, sagte Faeser. Sie kündigte zugleich an, Bildungsarbeit und Prävention gegen Rechtsextremismus zu stärken.

Dafür solle das geplante Demokratiefördergesetz eine neue Grundlage schaffen. Dies solle „so schnell wie möglich“ geschehen. „Wir werden demokratische Initiativen verlässlich unterstützen“, sagte Faeser. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte die SPD ein Demokratiefördergesetz im Koalitionsvertrag mit der Union durchgesetzt. Doch die hatte das Gesetz dann blockiert. „Wir werden alles tun, um die Menschen, die in unserem Land bedroht und angegriffen werden, besser zu schützen“, kündigte die Ministerin an.

Auch mit Blick auf die Demonstrationen gegen Corona-Schutzmaßnahmen warnte Faeser vor Rechtsextremismus: Wer Wissenschaftlerinnen, Journalisten, Polizistinnen oder Politiker attackiere, der führe keine Diskussion mehr. „Wir sehen hier keine „Spaziergänge“, sondern organisierte Aktionen, an vielen Orten gleichzeitig – immer wieder mit Gewalt, immer wieder mit massenhaften Verstößen gegen Corona-Regeln. Rechtsextremisten gewinnen zunehmend an Einfluss. Die kämpfen nicht gegen Corona, sondern gegen unsere Demokratie“, so die Innenministerin. An jene gerichtet, die protestierten, weil die Impfung sie umtreibe, sagte die Innenministerin: „Natürlich gehört Protest zur Demokratie. Natürlich hören wir zu. Aber lassen Sie sich nicht von Extremisten vor den Karren spannen! Grenzen Sie sich ab von Hass und Gewalt!“

Zu den zum Teil anonym verbreiteten Attacken im Netz etwa beim Chatanbieter Telegram sagte Faeser: „Wir werden dafür sorgen, dass Hetzer identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden.“



Sie nannte drei Prioritäten: Die Regierung werde erstens die Bekämpfung von organisierter Kriminalität, von Clankriminalität und von Cyberkriminalität verstärken, zweitens alles unternehmen, um Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen und die Täter und ihre Netzwerke zu verfolgen, und drittens die Gewalt gegen Frauen bekämpfen und die strukturellen Ursachen angehen.

auch aufgrund der Pandemie nicht erfolgte Investitionen in den Klimaschutz nachzuholen, die Konjunktur weiter anzukurbeln und Projekte im Bereich der Digitalisierung abzuschließen. Dadurch wird Planungssicherheit für private Investitionen geschaffen.

## Nachtragshaushalt

### 60 Milliarden Euro für Klimaschutz und Digitalisierung

**Mit dem Nachtragshaushalt über 60 Milliarden Euro sollen Investitionen ermöglicht werden, die neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.**

Der Bundestag hat in dieser Woche einen zweiten Nachtragshaushalt für 2021 beschlossen, mit dem Mittel aus bereits eingeplanten und nicht genutzten Krediten bereitgestellt werden – zweckgebunden für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Transformation der Wirtschaft. Der Nachtragshaushalt sieht Mittel in Höhe von 60 Milliarden Euro vor, die der Pandemiebewältigung dienen und zur Überwindung der pandemiebedingten Notsituation erforderlich sind.

„Wir wollen diese Pandemie nachhaltig verlassen. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze, die wir gerade retten, erhalten bleiben, dass sie zukunftsfähig sind. Wir wollen ein Long Covid für die deutsche Wirtschaft verhindern“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Dennis Rohde.

Die Nettokreditaufnahme für das Jahr 2021 wird dadurch aber nicht erhöht. Ziel ist es,